

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 06 86 848-48 ppbn d



Inhalt

Conrad Ahlers MdB registriert bei der Opposition "rührenden Eifer", den Spionagefall Lutze am Kochen zu halten.

Seite 1/2

Bundesbauminister Karl Ravens zieht eine positive Bilanz '77 in der Wohnungs- und Städtebaupolitik.

Seite 3-5

Walter Polkahn MdB: Bei der Entspannungspolitik nicht nur das Neben-, sondern auch das Miteinander lernen.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

32. Jahrgang / 248

28. Dezember 1977

Existenz der Bundesrepublik nicht in Gefahr

CDU/CSU-Opposition will Spionagefall Lutze am Kochen halten

Von Conrad Ahlers MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

In Ermangelung anderer, die eigenen Leistungen hervorkehrender Nachrichten versucht die Opposition und die ihr nahestehende Presse mit geradezu rührendem Eifer, den Spionagefall Lutze am Kochen zu halten. Vor allem diejenigen, die sich, wenn auch in schwindender Zahl, zu dem Kreis der Vertrauensleute von Franz Josef Strauß rechnen (der CDU-Wehr- und Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Wörner, gehört gewiß nicht dazu, weil der große Vorsitzende aus Bayern ihn nicht als Schatten-Verteidigungsminister akzeptieren wollte) rühren die große Trommel und tun so, als sei die Existenz der Bundesrepublik in Gefahr geraten.

Nun soll bestimmt nichts verharmlost werden. Es handelt sich in der Tat um einen ernststen Fall von Landesverrat, dessen Vorgeschichte und dessen Folgen genau untersucht werden müssen. Kein sozialdemokratischer Abgeordneter hat daran einen Zweifel gelassen. Der Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner hat ebenfalls eine unnachsichtige Prüfung aller Vorgänge verlangt. Und der Verteidigungsminister Georg Leber hat sich dem voll und ganz angeschlossen. Allerdings: Es hat sich bis heute keine Tatsache ergeben, welche die Forderung der CDU/CSU nach einem Rücktritt Georg Lebers rechtfertigen könnte, des Mannes, der weltweit als Garant dafür gilt, daß die Bundesrepublik es mit ihrer militärischen Sicherheit ganz ernst nimmt. Es ist deshalb ein seltsames Schauspiel, daß die Bonner Opposition Arm in Arm mit den Regierungen des Warschauer Paktes den Kopf des Ministers fordert.

In der letzten Woche sind im Zusammenhang mit der Arbeit des Verteidigungsausschusses als Untersuchungsausschuß seltsame Dinge von Seiten einiger Abgeordneter der Opposition gesche-

hen. Wie junge Menschen, die sich im Stadium der Pubertät befinden und jede Gelegenheit benutzen, um an früher einmal verbotene Lektüre heranzukommen, haben sie eine nicht endwollende Liste von angeblich verratenen Geheimakten zusammengestellt, die dem Untersuchungsausschuß vorgelegt werden sollen. Mit geradezu sinnlicher Lust drängen sie zu diesen Papieren, um zu erfahren, was die Sowjets und die DDR jetzt vielleicht auch wissen, als ob es noch etwas gäbe, was einem sich gut informierenden Bundestagsabgeordneten nicht schon längst bekannt sein könnte. Denn die Information des Verteidigungsausschusses durch das Ministerium ist zwar oft schleppend, aber immer vollständig, und findige Köpfe wissen schon, wie man an die sogenannten Geheimnisse herankommt. Dazu gehört nicht zuletzt Manfred Wörner.

Die erste Liste der von der Opposition benannten Zeugen und Sachverständigen hat inzwischen auch einen Halbjahresvorrat erreicht, so daß im Untersuchungsausschuß schon die scherzhafte Frage gestellt werden mußte, ob die Kollegen der CDU/CSU sich bis zum Ende der Legislaturperiode an der Sache festhalten wollten. Nun hat Franz Josef Strauß auch noch zur Jagd auf die sozialdemokratische Personalpolitik geblasen. Dies wird ein lustiges Treiben werden, wenn man sich an die Zeiten eben dieses Strauß, aber auch an die von Konrad Adenauer und dessen Staatssekretär Globke erinnert. In allen Archiven schlummert genug Material über Cartellbrüder und Seilschaften aus den Gründerjahren der Republik, um hier eine glatte Rechnung aufmachen zu können.

Einen vorzeitigen Fastnachtsscherz aber hat sich der frühere Bezirksvorsitzende der Jungen Union in Südbaden, Dr. Schäuble, erlaubt, der sich in einem Untersuchungsausschuß den Ruf als gewiefter Fragesteller erworben hat und nun zum Zwecke der In-Übung-Haltung (wie man bei der Bundeswehr sagt) in den Verteidigungsausschuß entsandt wurde. Nachdem er ausgerechnet im "Spiegel" gelesen hatte, daß Staatssekretär Fingerhut mit sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten zusammengetroffen war, regte er sich schrecklich auf, als ob alle diejenigen, die im Verteidigungsministerium mit dem Fall Lutze zu tun gehabt haben, nun in einen Quarantänezustand versetzt werden sollten. Dem Kollegen Schäuble muß gesagt werden, daß im Verteidigungsausschuß andere Gebräuche herrschen, daß die sachliche Arbeit weitergehen wird und einen ständigen Kontakt mit der Leitung des Hauses auf der Hardthöhe erfordert, und daß sich sozialdemokratische Abgeordnete von ihm nicht vorschreiben lassen werden, mit wem sie sprechen dürfen.

(-/28.12.1977/bgy/ja)

+ + +

Positive Bilanz 1977

Wohnungs- und Städtebaupolitik in neuen Gleisen

Von Karl Ravens MdB

Bundesbauminister und SPD-Vorstandsmitglied

Bilanzen zum Jahresende verführen leicht dazu, nur noch das Positive im Ablauf eines Jahres zu sehen und negative Ereignisse zu verdrängen. Ein Rückblick auf die Arbeit des Bundesbauministeriums im vergangenen Jahr macht aber wohl auch einem noch so kritischen Beobachter deutlich, daß hier das Positive klar überwiegt. Das Jahr 1977 hat wichtige neue Grundlagen und Weichenstellungen für die Wohnungs- und Städtebaupolitik gebracht. Eine große Zahl der angekündigten Vorhaben aus der Regierungserklärung vom Dezember 1976 für diese Legislaturperiode konnten wir schon im ersten Jahr realisieren. Ich will nur einige der wichtigsten, herausragenden Punkte nennen:

Da sind zunächst die Neuregelungen nach § 7b und bei der Grunderwerbsteuer, die rückwirkend zum 1. Januar d.J. in Kraft getreten sind. Mit dieser Neuregelung hat die Städtebaupolitik in der Bundesrepublik eine Abrundung erfahren, die in ihrer tatsächlichen Bedeutung noch kaum abzuschätzen ist. Bereits jetzt zeigt sich, daß die Neuregelungen positives Echo gefunden haben und der "neue 7b" seine Ziele: die Möglichkeiten zur Eigentumbildung im Wohnungsbau zu verbessern, die Wohnfunktion unserer Innenstädte zu erhalten und die Stadtumland-Wanderung einzudämmen, voll erreichen wird.

Hervorzuheben ist daneben die Novelle zum Wohngeldgesetz, die, wie angekündigt und geplant, zum 1. Januar in Kraft treten wird. Wir haben dieses Gesetz so rechtzeitig über alle parlamentarischen Hürden gebracht, daß ausreichend Zeit zur notwendigen Umstellung bei den Wohngeldstellen geblieben ist. Diese Wohngeldnovelle stellt sicher, daß das Wohngeld seiner Funktion, den Bürger wirtschaftlich im Besitz seiner Wohnung zu sichern, auch künftig gerecht bleibt.

7b-Gesetzgebung und Wohngeldnovelle haben zwei zentrale Zusagen der Regierungserklärung, die erhebliche unmittelbare Vorteile für unsere Bürger bringen, erfüllt. Sie ordnen sich ein in das Gesamtkonzept unserer Wohnungs- und Städtebaupolitik.

Die Wohnungspolitik ist insgesamt deutlicher als bisher in den Zusammenhang mit den Problemen der Stadtentwicklung gerückt worden. Die Erhaltung und Erneuerung der Innenbereiche der Städte und Gemeinden ist als Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung deutlich geworden. Das Bundesprogramm für die Städtebauförderung, die auf städtebauliche Schwerpunkte zielende Modernisierung und der Neubau öffentlich geförderter Wohnungen im Zuge von Stadterneuerungsmaßnahmen sind heute fester und wesentlicher Bestandteil unseres Gesamtprogramms.

Im Bereich der Städtebaupolitik ist auch die in diesem Jahr in Kraft getretene Novelle

zur Baubenutzungsverordnung zu nennen, die dieses Instrument an die neuen städtebaulichen Aufgaben anpaßt und den Gemeinden bessere Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Planungen gibt. In diesem Zusammenhang ist schließlich auch das Programm für Zukunftsinvestitionen mit dem Programmteil des Bundesbauministeriums zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Städten und Gemeinden zu nennen. Dieser Programmteil konnte im Jahre 1977 in vollem Umfang umgesetzt werden und wird jetzt schon auftragswirksam. Diese schnelle Umsetzung war wichtig als zusätzliche Hilfe für die vielen in der Bauphase befindlichen Sanierungsprojekte ebenso wie für die Bauwirtschaft, für die der Anschluß an die auslaufenden Konjunkturprogramme gesichert werden mußte.

Neue Grundlagen hat das vergangene Jahr für die Fortführung der Programme im sozialen Wohnungsbau geschaffen. Hier muß man sich noch einmal die Einschätzung vergegenwärtigen, die Ende des Jahres 1976 der Fortführung des sozialen Wohnungsbaus in den kommenden Jahren nur geringe Chancen einräumte. Demgegenüber hat heute der soziale Wohnungsbau durch die Aktivitäten der Bundesregierung wieder einen neuen und höheren Stellenwert. Dies hat auch seinen Ausdruck in wichtigen finanzpolitischen Entscheidungen gefunden. Ich denke nur an die ungekürzte Durchführung aller Programme in diesem Jahr, die Aufstockung des für die Eigentumsförderung wichtigen Regionalprogramme um 30.000 Wohnungen und die Entscheidung über seine Fortführung. Schließlich haben wir mit den Ländern bereits weitgehende Übereinstimmung über die weitere Fortführung der gemeinsamen Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau in den kommenden Jahren erreicht. Dies liefert uns die Basis auch in den kommenden Jahren etwa ein Fördervolumen von 100.000 bis 120.000 neuen Sozialwohnungen jährlich zu schaffen. Das war für die Wohnungspolitik ebenso von Bedeutung wie für die Bauwirtschaft, der mittelfristig Sicherheit darüber gegeben werden muß, was sie von der Wohnungsbauförderung zu erwarten hat.

Auf dem Feld der Energiepolitik hat das Ministerium wichtige Arbeit geleistet. Am 1. November 1977 ist beispielsweise die Wärmeschutzverordnung in Kraft getreten, die

den Wärmeschutz in Neubauten wesentlich verbessern wird. Sie wird in Kürze durch die Heizungsanlagenverordnung und die Heizungsbetriebsverordnung ergänzt werden können. Für den Altbaubestand soll das geplante Programm zur Förderung heizenergiesparender Investitionen demselben Ziel dienen. Ich hoffe, daß sich hier bald die noch bestehenden Widerstände zweier Bundesländer ausräumen lassen.

Einzubeziehen ist in die Bilanz schließlich das Bemühen um den weiteren Ausbau der Bundeshauptstadt. Hier bringt das Jahresende mit der Einigung zwischen Bund, Land und Stadt über das weitere Ausbauprogramm für Bonn einen entscheidenden Schritt nach vorn.

Neben diesen Schwerpunkten der Arbeit wäre noch eine Vielzahl von Aktivitäten zu erwähnen, die allein für sich eine positive Bilanz ausmachen würden. Hier wäre an das Wohnungsstichprobengesetz und an das zweite Baustatistikgesetz zu erinnern, mit denen die längst überfälligen und notwendigen aktuellen statistischen Grundlagen für die Wohnungs- und Städtebaupolitik geliefert werden können. Zu denken ist darüber hinaus an den Ausbau der Modernisierungsförderung, an das gemeinsam mit den Ländern getragene Modernisierungsprogramm mit steigenden Finanzansätzen, wie an die Ausdehnung und Verlängerung der steuerlichen Hilfen des § 82 a der Einkommensteuereinführungsverordnung.

Insgesamt kann das Bauministerium für 1977 eine Bilanz aufweisen, die sich auch am Ergebnis der Arbeit einer vollen Legislaturperiode nicht schlecht ausmachen würde. Dies darf allerdings nicht zu dem Fehlschluß veranlassen, es gäbe in den kommenden Monaten und Jahren nur noch wenig zu tun. Im Gegenteil: Die notwendige Neuordnung im sozialen Wohnungsbau, die drängenden Probleme im Städtebau oder die Umsetzung und Weiterentwicklung der Ziele und Grundsätze des Bundesraumordnungsprogramms sind nur einige der schwierigen Aufgaben, die noch zu bewältigen sind.

(-/ 28.12.1977/bgy/ja)

+ + +

Auch das Miteinander lernen

Entspannungspolitik und friedliche Koexistenz

Von Walter Polkehn MdB

Stellvertretendes Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Bei der jüngsten Debatte um die Menschenrechte im Deutschen Bundestag wurde u.a. deutlich, wie schwierig und langwierig es ist, die Menschenrechte im Konzept der Entspannungspolitik zu verwirklichen.

Warum?

Die Unterschiedlichkeit der Gesellschaftssysteme führt zwangsläufig auch in ihrem Bemühen um Ausgleich zu unterschiedlichen Interpretationen. So finden wir auf westlicher Seite die "Entspannungspolitik" als zentrale Aufgabe im Bemühen um Zusammenarbeit, während auf der anderen Seite die zentrale Aufgabe der Zusammenarbeit in der "friedlichen Koexistenz" gesehen wird.

"Friedliche Koexistenz" bedeutet für den Ostblock: "Die Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen von sozialistischen und kapitalistischen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Staaten, der gegenseitigen Achtung ihrer Souveränität, der territorialen Integrität, der Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten." Zu dieser "Kooperationsformel" gehört ferner die "Entwicklung ökonomischer internationaler Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Vorteils und die Lösung strittiger Fragen mit friedlichen Mitteln".

Neben dieser "Kooperationsformel" steht allerdings auch eine "Konfrontationsformel" als spezifische Form des Klassenkampfes auf internationaler Ebene. Erich Honecker hat dies auf dem IX. Parteitag der SED (1976) sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. "Friedliche Koexistenz" bedeutet niemals Klassenfrieden zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten. "Friedliche Koexistenz" bedeutet weder die Aufrechterhaltung des sozialökonomischen Status quo noch eine ideologische Koexistenz. Diese Formel wird dann auch von Seiten der DDR besonders in den deutsch-deutschen Beziehungen benutzt. Die willkürlich anmutende Trennung von staatlicher und gesellschaftlicher Ebene ermöglicht es den kommunistischen Parteien, zum "ideologischen Klassenkampf" aufzufordern und ihn aktiv zu unterstützen, bei gleichzeitigen Plädoyers für eine Intensivierung staatlicher Zusammenarbeit.

Für die Ostblockstaaten ist "friedliche Koexistenz" daher auch ohne Alternative. Soweit sich dies auf den Bereich der "Kooperationsformel" bezieht, ist dem zuzustimmen. Denn tatsächlich sind solche konstitutiven Elemente wie Gewaltverzicht, Gebot zur friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten u.a. ohne Alternative. Bezieht sie sich auf den Bereich der "Konfrontationsformel", so ist sie nicht ohne Alternative.

Der Aufbau eines klaren Feindbildes, der permanente Aufruf zum ideologischen Klassenkampf, kann eine wirkliche Entspannungspolitik nur behindern. Hier zeigt sich deutlich der qualitative Unterschied von "friedlicher Koexistenz" und Entspannungspolitik, die den Menschen im Mittelpunkt sieht. Der Normalisierungsprozeß durch Entspannung bleibt nicht auf das Verhältnis der Staaten zueinander beschränkt, sondern er schließt insbesondere auch die persönliche Lebenssphäre der Menschen, die in diesen Staaten leben, ein.

Bei der Entspannungspolitik der Bundesregierung kann es also, wenn sie konsequent praktiziert werden soll, nicht nur darauf ankommen, das Nebeneinander zu organisieren, sondern es heißt auch, das Miteinander zu lernen.

(-/28.12.1977/byj,j-)